



Wegen der zunehmenden Biogas-Produktion wird immer mehr Mais angebaut. Wenn stattdessen Wildblumen angebaut werden, hätten Bienen wieder ein größeres Nahrungsangebot, fordern Imker.

Foto: dpa

Mais-Einöde regt Imker auf

Kritik an Biogas-Produktion – Umsatteln auf Wildblumen böte Bienen genug Nahrung

Von Georg Ismar

Berlin. Jetzt schalten sich auch noch die Imker in die Energiewende ein. „Wildpflanzen für Biogas-Anlagen anzubauen wäre für die Bienenhaltung die optimale Alternative zum Maisanbau“, sagt Petra Friedrich vom Imkerbund. Denn längst ziehen sich riesige Mais-Einöden durchs Land, selbst die Grünen zweifeln inzwischen an Art und Weise des Biomasse-Booms. Um das Maisproblem zu lösen, sind daher Alternativen notwendig. Auch damit die Bienen weiterhin genug Nahrung finden und sich vermehren können.

Sprichwörtlich wie Pilze schießen bundesweit neue Biogas-Anlagen aus dem Boden – denn anders als Sonne und Wind können diese Anlagen

wie Kohle- und Atomkraftwerke kontinuierlich die gleiche Menge an Strom liefern und somit Schwankungen ausgleichen. Doch der Maisanbau dafür – die Verwendung wurde mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits auf 60 Prozent gedeckelt – wird zu einem ökologischen Problem. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hatte Ende Juli die Biogas- und Biosprit-Strategie kritisiert.

Anders als Photovoltaik oder Windenergie sei Bioenergie mit höheren Umweltbeeinträchtigungen verbunden, hieß es mit Blick auf die Böden und den hohen Einsatz von Düngemitteln für die Energiepflanzen. Derzeit werden 13 Prozent der Maisanbauflächen zur Energieerzeugung genutzt.

Bärbel Höhn (Grüne) bringt Wildblüten als Alternative ins

Spiel. In mehreren Modellprojekten wird bundesweit derzeit – auch von Energieversorgern – geprüft, ob Sonnenblumen, Natternkopf oder Wegwarte helfen könnten, die Maisverwendung etwas zu bremsen.

Die Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) führt hierzu ein entsprechendes Projekt „Energie aus Wildpflanzen“ durch. Und die bayerische Landesanstalt für Wein- und Gartenbau hat mit einem Saatguthersteller entsprechende Tests angeleiert. Es komme vor allem auf die Mischung der Wildpflanzen an, um ähnliche Energieerträge wie mit Mais zu erzielen.

Reinhard Schultz, Geschäftsführer des deutschen Biogasrates, sieht darin eine gute Alternative, ebenso in einer stärkeren Resteverwertung, etwa von Lebensmitteln aus der Gastro-

nomie oder der Hopfenproduktion. Nicht Biogas sei primär an dem Maisproblem schuld, sondern die Futtermittelnachfrage in Ländern wie Niedersachsen für die boomende Intensivtierhaltung.

Der bayerische Landwirt Peter Rehm berichtet, dass im Landkreis Donau-Ries bereits 108 Hektar mit Malvenpflanzen oder Sonnenblumen bestückt worden seien. Zwar läge der Energieertrag nur bei etwa 50 Prozent im Vergleich zum Mais, aber dafür sei weniger Arbeits- und damit Kosteneinsatz notwendig. Und die Honigersteller würden auch profitieren.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) sieht trotz der Kritik Biomasse als wichtigen Baustein der Energiewende an. Sie steuerte im ersten Halbjahr 5,7 Prozent der Stromproduktion bei. Der Maisanbau hat

aber die Grünlandflächen in Deutschland drastisch sinken lassen. Von 1990 bis 2009 hätten sich diese um 875 000 Hektar verringert, betont das Bundesamt für den Naturschutz. Dies habe dramatische Folgen für Pflanzen- und Schmetterlingsarten. Eine Umwandlung in Ackerflächen gilt als klimaschädlich, da Grünland hohe Mengen an CO₂ bindet, das beim Umbrechen wieder aus den Böden entweicht.

Hinzu kann eine mögliche Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion kommen – in Deutschland gibt es schon 7100 Biogasanlagen, in denen Energie erzeugt wird. Die Agentur für erneuerbare Energien betont, dass weltweit bisher genug Ackerflächen vorhanden sind, um Teller, Trog und Tank zu füllen. Doch die Frage ist schon: Wie lange noch?

Zankapfel Pferdesteuer

Gedankenspiele lösen Kritik aus

Ini **Hannover.** Der Vorschlag ist nicht neu, aber sorgt immer wieder für Streit: Die Einführung einer Pferdesteuer. Viele Kommunen sind in finanziellen Nöten, manche diskutieren sogar die Einführung einer solchen Steuer. Der niedersächsische Städtetag hat auf Anfrage unserer Zeitung allerdings betont, dass eine Pferdesteuer zwar nicht auszuschließen sei. „Aber es sind in keiner Kommune konkrete Pläne dazu bekannt“, betonte Geschäftsführer Christian Geiger.

Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) hat sich gegen die Pferdesteuer ausgesprochen. 300 000 Reiter wären im Bundesland betroffen. „Reiten ist kein Sport für Wohlhabende, sondern ein wichtiger Breitensport in Niedersachsen“, sagte Lindemann. Zudem verweist er auf den hohen Stellenwert der Pferdezucht.

In Niedersachsen entscheiden die einzelnen Gemeinden selbst über die Einführung einer Pferdesteuer, da es sich um eine kommunale Steuer handelt.



Eines von derzeit rund 190 000 Pferden in Niedersachsen. Klamme „Pferde“-Kommunen könnten also ihre Kasse aufbessern. Foto: Ini

Laut Städtetag gäbe es in rechtlicher Hinsicht keine Einwände.

Aber Reiter und Pferdebesitzer lehnen die Steuer ab. Der Sprecher der Interessengemeinschaft Pferdesport der Stadt Oldenburg, Gero Büsselmann, kritisiert die öffentliche Wahrnehmung. „Reiten gilt als elitärer Sport. Die Olympischen Spiele unterstützen dieses Image. Aber 90 Prozent der Reiter in Deutschland sind überhaupt keine Turniersportler.“ Die Pferdesteuer würde die Mehrheit empfindlich treffen. Büsselmann wünscht sich einen inten-

siven Dialog zwischen Verbänden und Politikern.

Auch Erika Putensen vom Pferdesportverband Hannover ist für den Abbau von Vorurteilen: „Der Pferdesport ist im sozialen Bereich unglaublich wertvoll. Reiten vermittelt Kindern und Jugendlichen Sozialkompetenz und wird als Therapieform eingesetzt. Es ist absurd, dass der Sport gleichzeitig gefördert und besteuert werden soll.“ Gegner der Pferdesteuer argumentieren auch mit der Gefährdung eines ganzen Wirtschaftszweiges.

Blickpunkt

Appell an alle Hauptschüler

Landesweit bleiben zunehmend Ausbildungsplätze unbesetzt. Die zuständige Bundesagentur für Arbeit schlägt daher Alarm. Mehr Imagewerbung sollten die Betriebe leisten – und auch einen neuen Blick auf Bewerber mit guten Hauptschulabschlüssen werfen.

„Früher hat man gesagt: Mit Hauptschulabschluss bist Du der Verlierer, damit kannst Du nichts werden. Das stimmt so nicht mehr“, sagte der Leiter der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, Klaus Stietenroth (58). Ein guter Hauptschulabschluss sei mitunter besser als ein mittelmäßiger Realschulabschluss. Stietenroth appellierte an die Jugendlichen: „Wenn ihr gute Hauptschulabschlüsse habt, werbt euch; was man euch vor Jahren noch gesagt hat, stimmt nicht mehr.“

Angesichts der „Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt“ rief er zudem die Unternehmen auf, sich aktiver um solche Jugendliche zu bemühen, „die keine

Olympioniken in der Schule waren“. Die Bundesagentur biete zudem viele begleitende Stützungsmaßnahmen für Berufseinsteiger. Der zweifache Vater und studierte Jurist begründete den Handlungszwang mit der zunehmenden Zahl unbesetzter Lehrstellen. „Bewerber haben heute viel größere Wahlmöglichkeiten als früher; ich glaube die Botschaft an die Betriebe ist damit auch, bessere Imagewerbung zu betreiben.“ Höher als Bezahlung würden von den möglichen Bewerbern heute zudem berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen bewertet.

14 000 der aktuell gemeldeten 50 000 Ausbildungsstellen sind noch unbesetzt, so Stietenroth. „Leisten wir uns da nicht vielleicht den Luxus, dass wir die Latte in den Betrieben einfach zu hoch anlegen?“ Besondere Probleme bei der Suche nach Auszubildenden hätten vor allem Pflege- und Sozialberufe, das Gastgewerbe, der Bau (17,5) und die Logistik. Ini

Zur Sache

Stromnetz vor Besitzerwechsel

dpa **München.** Die Versicherer Allianz und Munich Re sind laut „Handelsblatt“ als mögliche Käufer für die Leitungen des Stromnetzbetreibers Tennet im Gespräch. Europas größter Versicherer und der weltgrößte Rückversicherer hätten bereits im Bundeswirtschaftsministerium vorgeführt. Eine Sprecherin der Munich Re wollte den Bericht nicht bestätigen. Kurz zuvor war aus Regierungskreisen bestätigt worden, dass Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) bei einem Besuch in den Niederlanden Ende der Woche die Probleme bei Tennet bereiden will. In Berlin herrscht große Unzufriedenheit mit dem niederländischen Netzbetreiber, der 2010 das Stromübertragungsnetz von dem Versorger Eon übernommen hatte. Dem Unternehmen fehlt das Kapital für die benötigte Anbindung deutscher Offshore-Windparks an das Stromnetz, ein Projekt, das nicht zuletzt für die Energiewende wichtig ist.

Munich Re kauft Windpark

dpa **München.** Der weltgrößte Rückversicherer Munich Re steckt weitere Millionen in die Windenergie. Für drei britische Windparks mit einer Gesamtleistung von 102 Megawatt bezahlen die Münchner eine niedrige dreistellige Millionen-summe. Angesichts niedriger Zinsen und schwankender Aktienmärkte sucht die Munich Re wie andere Versicherer nach Anlageformen mit stabilen Erträgen. Insgesamt will der Konzern 2,5 Milliarden Euro in erneuerbare Energien und neue Technologien stecken.

Grüner hat Hausverbot

Ini **Bremen.** Matthias Güldner (Foto: Ini), Fraktionschef der Grünen in Bremen, ist in zwei Bremer Kneipen nicht mehr erwünscht. Die beiden Raucherlokale „Mausefalle“ und



„Haifischbecken“ ärgert, dass die Grün-Abgeordneten im Landtag das Rauchverbot im kleinsten Bundesland verschärfen wollen. Deshalb haben sie kurzerhand ein Hausverbot gegen die gesamte Fraktion verhängt, berichtet der „Weser-Kurier“. Güldner sieht die Protest-Aktion jedoch gelassen. „Das haut uns nicht um.“

Museum erhält Finanzspritze

Ini **Hannover.** Das Land Niedersachsen hat 16,6 Millionen Euro für den Erweiterungsbau des Sprengel Museums in Hannover bereitgestellt. Mit den neuen Ausstellungsräumen könne das Haus sein hohes Ansehen als herausragendes Museum für moderne und zeitgenössische Kunst weiter stärken, erklärte das Kulturministerium. Bauträger ist die Landeshauptstadt, die 6,9 Millionen Euro der Gesamtkosten von 28,5 Millionen Euro trägt. Die übrigen fünf Millionen werden über Sponsoren eingeworben.

Ein kostbarer Schatz für die Bürger

Land Brandenburg kauft vom Bund 65 große Seen auf und zahlt fast vier Millionen Euro

dpa **Potsdam.** Freier Zugang zu den Seen in Brandenburg: Der Kauf von 65 großen Gewässern vom Bund ist perfekt.

Dafür zahlt das Land 3,74 Millionen Euro, teilte Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger (SPD) mit. „Die wichtigsten

Seen bleiben im Eigentum der öffentlichen Hand und können nicht mehr privatisiert werden.“ Darunter sind etwa der Motzener See, Bauernsee und Bückowsee. 17 weitere Seen aus dem Preußenvermögen würden dem Land unentgeltlich über-

tragen. Weitere 36 kleinere Seen und Teiche sollen direkt an die Nutzer wie Fischereipächter, Landkreise und Kommunen oder den Landesbetrieb Forst veräußert werden.

Mit rund 50 000 Hektar Fläche ist Brandenburg das seen-

reichste Bundesland. Ursprünglich hatten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern immer auf einer unentgeltlichen Übertragung beharrt. Im Zuge der deutschen Einheit waren zahlreiche ostdeutsche Seen kostenlos an den Bund über-

tragen worden. Dass man jetzt für die Rückübertragung bezahlen müsse, sei „bitter“, sagte Finanzminister Markov. Die wichtigste Botschaft sei aber, dass die Menschen in Brandenburg weiter freien Zugang zu den Seen hätten.